

LESERBRIEF

Worum geht es eigentlich?

Die Spiegelbilder von Innenminister und Erzbischof

Die Debatte um Trennung von Kirche und Staat scheint in ihre letzte Runde zu gehen. Nachdem die Kultusdiener nicht mehr „direkt“ vom Staat bezahlt werden und der Religionsunterricht aus den Schulen verbannt wurde, geht es jetzt an die Substanz: die Besitztümer, die Kirchen und Kapellen und die Kirchenfabriken. Es soll entschieden werden, wem was in Zukunft gehört und wer was nun zu unterhalten hat.

Dass sich beim vorgelegten Gesetzesentwurf dutzende juristische, verfassungstechnische, wirtschaftliche und praktische Probleme stellen und der Text selbst vor lauter Prozeduren des Hin-und-Her-Geschachers von Kirchen und Kapellen zwischen „Fonds“ und Gemeinden überquillt, kümmert Innenministerium und Ordinariat nicht. Auch die Tatsache, dass diejenigen, welche sich seit zwei Jahrhunderten ZUSAMMEN mit den Gemeinden, um den Erhalt der Sakralgebäude gekümmert haben, die Kirchenräte, ungefragt abgeschafft werden, stört sie ebenfalls nicht. Obwohl das Kirchenfabriksyndikat, Mitglieder des SYVICOL, Lokalpolitiker, die CSV, namhafte Juristen etc. sich gegen das Gesetz wehren und auf die Inkohärenz hinwiesen, halten jene beiden, die diesen Handel gemacht haben, daran fest: der Innenminister und der Erzbischof. Beide haben Anfang 2015 eine Konvention unterzeichnet, in der sie Dritte (die Kirchenfabriken) verpflichten und diese dann gleichzeitig abschaffen wollen, um sich deren Besitz zu sichern. Minister Kersch, weil er seinen Anteil an der Trennung des Staates von der ihm so ungeliebten Kirche leisten will, und Erzbischof Hollerich, weil er sich unwissend um die örtlichen Verhältnisse von seinem damaligen Generalvikar Gillen zu diesem Handel verleiten ließ.

Beide haben sich also ziemlich weit aus dem Fenster gelehnt und ein Rückzieher oder ein gegenseitiges Einlenken und eine gemeinsame Lösung scheint die beiden Herren das Gesicht zu kosten. Der eine fürchtet um sein Ansehen innerhalb des radikal-antiklerikalen Teils der Politikergilde, der andere wagt es nicht sich einzugestehen, geirrt zu haben und verführt worden zu sein.

Und deshalb soll nun das ganze Erzbistum darunter leiden? Das Miteinander zwischen Kirchenfabrik und Zivilgemeinde beerdigt werden, obwohl dieses seit jeher der Allgemeinheit genutzt hat?

Es bleibt zu hoffen, dass wenigstens die Abgeordneten und der Staatsrat sich der Probleme bewusst sind und im Interesse des Bürgers handeln und nicht für die Wahrung der Gesichter von Innenminister und Erzbischof kuschen werden. Wobei sich eine letzte Frage stellt: Haben beide eigentlich noch etwas zu verlieren oder würden sie vielleicht wieder etwas an Menschlichkeit und demokratischem Geist in ihren Spiegelbildern wiederfinden?

Christiane Gnad